



Investitionsbedarf für die Löschwasserversorgung in Sachsen-Anhalt; Auswertung der SGSA-Umfrage

Das Problem bei der Sicherstellung einer ausreichenden Löschwasserversorgung für die Träger des Brandschutzes wird in den Gremien des SGSA regelmäßig erörtert. Die Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden in Sachsen-Anhalt stehen dabei vor einer personellen, sachlichen und vor allem finanziell schwer lösbaren Aufgabe.

Daher fand nach mehreren Abstimmungen in den Gremien und auch im Präsidium des SGSA am 23.02.2021 zu dem Thema Löschwasserversorgung in Sachsen-Anhalt eine gemeinsame Videokonferenz mit Vertretern des (damaligen) Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE) und des Ministeriums für Inneres und Sport (MI) statt, die jedoch ohne Ergebnis geblieben ist.

Im Koalitionsvertrag 2021 – 2026 der für die 8. Wahlperiode des Landtages steht zum Thema Löschwasser: „Wir werden ein Förderprogramm zum Neubau von Löschwasserzisternen und -entnahmestellen auflegen, um im ländlichen Raum den Grundschutz bei der Löschwasserversorgung zu gewährleisten.“

Dies hatten wir zum Anlass genommen, bei Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff erneut auf die Problematik hinzuweisen und eine ernsthafte Diskussion über mögliche Lösungsansätze im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe anzuregen.

Eine interministerielle Arbeitsgruppe wurde nicht ins Leben gerufen, aber im Ergebnis fand eine weitere Videokonferenz am 24.03.2022 mit Vertretern des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt (MWU), des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (MI) und des SGSA statt. Dabei bestand Einvernehmen, zunächst die konkreten Defizite bei der Löschwasserversorgung vor Ort zu ermitteln.

Die Vertreter des MI und der SGSA waren sich darüber einig, dass aus den Risikoanalysen/Brandschutzbedarfsplanungen der Gemeinden entsprechende Angaben entnommen werden können. Daraus ergeben sich verlässliche Aussagen über konkret fehlende Löschwassermengen und den erforderlichen Investitionsbedarf.

Daher erklärten wir uns bereit, eine Abfrage bei den Trägern des Brandschutzes zu initiieren, um landesweit den Problemumfang darstellen zu können.

Wir baten im Rahmen einer Online-Umfrage ab dem 23.06.2022 nach einmaliger Verlängerung bis zum 28.10.2022 die Träger des Brandschutzes um entsprechende Informationen. Dabei sollten die Bedarfsplanung als Soll-Zustand gem. Risikoanalyse sowie vorhandene Löschwasserversorgungs- und Entnahmestellen als Ist-Zustand dargestellt werden.

Zur Vertiefung verweisen wir auf unser E-Mail-Rundschreiben vom 23.06.2022.

Zur Auswertung:

Beteiligung an der Umfrage (ca. 58 v. H.)

Von 104 Einheitsgemeinden sowie 18 Verbandsgemeinden haben insgesamt 71 an der Umfrage teilgenommen. Das entspricht einer Quote von ca. 58 v. H. Die kreisfreien Städte haben sich alle beteiligt. Von 22 Mittelzentren haben 13 (ca. 59 v. H.) an der Umfrage teilgenommen, von 79 weiteren Einheitsgemeinden 48 (ca. 61 v. H.). Von den 18 Verbandsgemeinden haben 7 (ca. 39 v. H.) unsere Umfrage beantwortet.

Anzahl der Maßnahmen und Kosten:

In der nachfolgenden Tabelle wurden die Anzahl der im Jahr 2022 und mittelfristig geplanten sowie die mangels gesicherter Refinanzierung nicht umsetzbaren Maßnahmen sowie die zuzuordnenden Kosten zusammengefasst.

Maßnahmen 2022	Kosten	Maßnahmen mittelfristig 2023 - 2025	Kosten	nicht umsetzbare Maßnahmen	Kosten
96	4.197.562	212	8.605.765	357	28.448.000

Die Gesamtkosten für die im Jahr 2022 und mittelfristig geplanten sowie aktuell in der Planung nicht umsetzbaren Maßnahmen lassen sich bei den Teilnehmern auf **41.251.327 Euro** beziffern. Die Maßnahmen 2022 sollten mit einer Quote von ca. 64 v. H. ganz überwiegend aus Eigenmitteln finanziert werden. Fördermittel spielten mit einer Quote von ca. 14 v. H. eine eher geringe Bedeutung für die Refinanzierung der Maßnahmen. Diese Erwartungen spiegeln sich auch deutlich für den mittelfristigen Planungszeitraum, wobei viele Kommunen hier von einer noch geringeren Förderquote ausgehen. Bei den Teilnehmern der Umfrage stehen den 308 geplanten Maßnahmen 2022 – 2025 mit einem Kostenvolumen von ca. 12,8 Mio. Euro insgesamt 357 mangels gesicherter Refinanzierung nicht umsetzbare Maßnahmen mit einem Kostenvolumen von ca. 28,5 Mio. Euro gegenüber.

Hochrechnung der Umfrageergebnisse

Ausgehend von den durch die Umfrageteilnehmer gemeldeten Kosten wurden differenziert nach den jeweiligen Gemeindegruppen die Umfrageergebnisse für die Gesamtheit der Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden in Sachsen-Anhalt hochgerechnet. Hierfür wurden bezogen auf die jeweilige Gebietskörperschaft die durchschnittliche Anzahl der Maßnahmen pro Gemeinde sowie die durchschnittlichen Kosten pro Maßnahme ermittelt. Die Differenzierung nach Maßnahmen 2022, Maßnahmen mittelfristig und nicht umsetzbaren Maßnahmen wurde beibehalten.

Gemeindegruppe	Anzahl der Nicht-Teilnehmer	Durchschnittliche Kosten 2022	Durchschnittliche Kosten mittelfristig	Gesamtkosten der nicht realisierbaren Maßnahmen
Kreisfreie Städte	0			
Mittelzentren	9	503.370	1.432.816	2.800.260
Einheitsgemeinden	31	1.543.613	3.632.743	9.576.150
Verbandsgemeinden	11	1.613.519	1.364.336	11.789.250
Summe		3.666.502	6.429.895	24.165.660

Hochrechnung für Nichtteilnehmer

Unter Einbeziehung der gebietsspezifischen Berechnungen für die Nichtteilnehmer ergeben sich in der Hochrechnung für alle Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden in Sachsen-Anhalt nachfolgende Kosten für Maßnahmen zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung:

- Kosten für Maßnahmen 2022: 7.858.064 Euro
- Kosten für Maßnahmen im Mittelfristzeitraum 2023 – 2025: 15.035.660 Euro
- Kosten, für wegen nicht gesicherter Refinanzierung nicht planbare/umsetzbare Maßnahmen: **52.613.660 Euro**

Die Umfrageergebnisse lassen darauf schließen, dass 2022 – 2025 in den Städten, Gemeinden und Verbandsgemeinden Maßnahmen zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung mit einem Kostenvolumen von ca. 22,9 Mio. Euro durchgeführt wurden und geplant sind. Diese Investitionen reichen aber bei weitem nicht aus, um die Löschwasserversorgung flächendeckend sicherzustellen. Dies zeigt das Hohe Kostenvolumen für die nach den Ergebnissen der Umfrage mangels gesicherter Refinanzierung nicht planbaren und umsetzbaren Maßnahmen in Höhe von landesweit hochgerechnet ca. 52,6 Mio. Euro. Insgesamt sind ungeachtet der Maßnahmen **2022 bis 2025 Investitionen in Höhe von ca. 67,6 Mio. Euro** zur flächendeckenden Sicherstellung der Löschwasserversorgung erforderlich. Diese Ergebnisse der Umfrage belegen eindrucksvoll den dringenden Handlungsbedarf und die Notwendigkeit, die Diskussion um die Refinanzierung der notwendigen Maßnahmen mit dem Land zu forcieren.

Diese Auswertung wird zunächst im Präsidium des SGSA am 28.03.2023 vorgestellt, um weitere Schritte zu beraten.

sch/pa-ru